

# Protest gegen Leuenberger

## Stromdebatte Verbraucher fühlen sich nicht genügend ernst genommen

**Stromverbraucher schiessen scharf gegen Energieminister Moritz Leuenberger: Dieser würde bei der Revision der Stromregulierung die Elektrizitätsbranche bevorzugen. Die Abnehmer hingegen hätten kaum Zeit für eine fundierte Analyse.**

NIKLAUS MÄDER

Harsche Kritik am Bundesamt für Energie (BFE): Die bei der Revision der Strommarktregeln federführende Behörde hat angeblich versucht, dem Wirtschaftsverband Economiesuisse einen Maulkorb zu verpassen. «In einer Besprechung am 12. November sagte uns das BFE, wir sollten aufhören, mit unseren Anliegen an die Öffentlichkeit zu gehen, und sie in Ruhe arbeiten lassen. Sonst komme es nicht gut», erzählt Economiesuisse-Stromfachmann Urs Näf.

### Nestlé zahlt 30 Prozent mehr

Hintergrund des Disputs sind die angekündigten Strompreiserhöhungen, die Bundesrat Moritz Leuenberger mit einer raschen Verordnungsänderung bekämpfen will. An einer gestrigen Medienkonferenz von Stromverbrauchern in Bern erläuterte der Nahrungsmittelkonzern Nestlé die Auswirkungen der Preissteigerungen auf seine Gruppe. «Bezogen auf neun Standorte müssen wir nächstes Jahr 5 Millionen Franken mehr bezahlen», sagte Roland Cecorvet, Generaldirektor von Nestlé Schweiz. Dies entspreche einem Preisanstieg von durchschnittlich 30 Prozent.

Versuche, auf dem per 1. Januar für Grossverbraucher geöffneten Strommarkt zu besseren Konditio-

nen einzukaufen, seien gescheitert. Der Nahrungsmittelkonzern hat nach eigener Darstellung von neun Stromversorgern Offerten erbeten. Erhalten habe er lediglich drei Antworten – von den bisherigen Lieferanten. Und diese beinhalteten gemäss Roland Cecorvet sogar einen Preisaufschlag von 65 Prozent.

Vor diesem Hintergrund war am Rande der Medienkonferenz deutlicher Unmut über die aktuelle Situation und das Vorgehen von Moritz Leuenberger zu hören. Nestlé-Vertreter bemängelten, dass der Energieminister bevorzugt mit der Strombranche rede. Bei Revisionen im Agrarbereich, der Bundesrätin Doris Leuthard untersteht, sei dies anders – hier würden alle betroffenen Kreise in die Diskussion einbezogen. In der Tat ist der Uvek-Medienmitteilung zu entnehmen, dass der Energieminister zu einer Aussprache vom 24. Oktober nur «die Vertreter der Stromwirtschaft sowie der Kantone und Gemeinden eingeladen» hat.

### Frist weniger als eine Woche

Üblicherweise können sich jedoch alle betroffenen Kreise in einer Vernehmlassung äussern. Dies war diesmal nicht anders – am 12. November fand eine Anhörung statt. Allerdings sei dafür die Frist so knapp bemessen gewesen, dass eine fundierte Analyse und Stellungnahme nicht möglich gewesen sei. «Wir konnten uns nicht einmal mit anderen Organisationen besprechen», kritisiert Urs Näf. Die Entwürfe des BFE für die Verordnungsänderung seien am Freitagabend eingetroffen, bereits am Mittwochmorgen hätte die Stellungnahme eingereicht werden

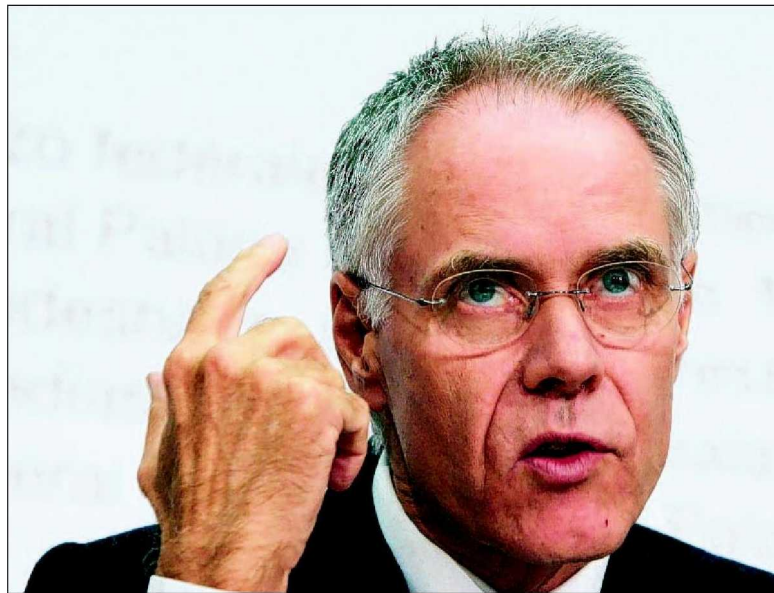
müssen. Ein Blick auf die auf der Website des Uvek veröffentlichten Dokumente lassen die von Economiesuisse geschilderten Fristen plausibel erscheinen.

Die Vorwürfe zu knapper Fristen seien aus der Luft gegriffen, entgegnet BFE-Pressesprecher Mathias Kaegi dennoch. Die Eckpunkte der Vorlage seien bereits seit dem Treffen mit der Branche vom 24. Oktober bekannt gewesen. Zudem eile es diesmal einfach.

Angesichts der gegenwärtigen Umstände bliebe den von den Strompreiserhöhungen Betroffenen gar nichts anders übrig, als über die Medien an die Öffentlichkeit zu gelangen, heisst es von Nestlé-Seite. Die Vertreter gaben zu bedenken, dass derzeit überall von Ankurbelung der Wirtschaft gesprochen werde. Preisanstiege beim Strom würden diesbezüglich kontraproduktiv wirken.

### Update

**STROMDEBATTE** Auf den 1. Januar tritt eine neue Stromregulierung in Kraft. Demnach können grosse Stromverbraucher ihren Lieferanten frei wählen. Über den Strommarkt soll die neu geschaffene Elektrizitätskommission (Elcom) wachen. In diesem Herbst kündigten die Stromwerke teilweise massive Preiserhöhungen an, was zu Empörung in der Öffentlichkeit und zu zahlreichen parlamentarischen Vorstössen führte. Energieminister Moritz Leuenberger versprach daraufhin, die Verordnung anzupassen. Dem Vernehmen nach soll der Bundesrat die Änderungen nächsten Freitag beschliessen. (NME)



**MORITZ LEUENBERGER** Mit Kritik konfrontiert. MONIKA FLÜCKIGER/EQ IMAGES

**Mittelland Zeitung Gesamtausgabe****29.11.2008**

Auflage/ Seite

187662 / 11

Ausgaben

300 / J.

Seite 3 / 3

8101

6808344

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
AZ Aarau	21'079
AZ Baden/Zurzach	32'479
AZ Brugg	10'480
AZ Fricktal	7'169
AZ Lenzburg	11'618
AZ Wynental/Zofingen	6'363
AZ Freiamt	13'174
Limmatter Zeitung	10'360
Solothurner Zeitung	24'979
Grenchner Tagblatt	4'976
Berner Rundschau	4'675
Langenthaler Tagblatt	5'806
Oltner Tagblatt	19'093
Zofinger Tagblatt	15'411